

(A)

(B)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

I

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf:

Beratung des Antrags der Bundesregierung

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation „ALTHEA“ zur weiteren Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina im Rahmen der Implementierung der Annexe 1-A und 2 der Dayton-Friedensvereinbarung sowie an dem NATO-Hauptquartier Sarajevo und seinen Aufgaben, auf Grundlage der Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen 1575 (2004) und Folgeresolutionen**

– Drucksache 17/7577 –

Überweisungsvorschlag:

Auswärtiger Ausschuss (f)

Rechtsausschuss

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- (A) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort dem Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle.

**Dr. Guido Westerwelle**, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Das deutsche Interesse an der Stabilisierung von Bosnien und Herzegowina ist unverändert groß. Unser Ziel bleibt ein friedliches, demokratisches, rechtsstaatliches Bosnien und Herzegowina, das aus eigener Kraft in der Lage ist, den Weg der EU-Integration erfolgreich zu beschreiten.

Bei aller Vorsicht und aller zurückhaltenden Bewertung können wir heute sagen, dass die militärischen Sicherungsaufgaben der Operation zum gegenwärtigen Zeitpunkt erfüllt sind. Die Sicherheitslage ist stabil. Das zeigt, wie viel wir erreicht haben. Gerade weil wir in diesem Hause sehr oft kontrovers diskutieren – zum Beispiel gerade eben mit Leidenschaft und fast mit Atemlosigkeit der Redner –, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass hier seit vielen, vielen Jahren eine große Übereinstimmung in diesem Hause besteht. Ich denke, ich spreche im Namen aller Anwesenden, wenn ich hier den Frauen und Männern der Bundeswehr, die vor Ort ihren verantwortungsvollen Dienst tun, unseren Dank zum Ausdruck bringe.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das militärische Engagement der Europäischen Union bleibt aber weiter nötig. Es muss insbesondere noch mehr getan werden, um die Kompetenz und Professionalität der bosnischen Streitkräfte weiter zu stärken. Der Rat für Außenbeziehungen der Europäischen Union hat daher am 10. Oktober beschlossen, dass der Schwerpunkt der Operation ALTHEA, für die ich jetzt hier das Mandat einbringe, künftig auf Ausbildung und Training liegen soll. Unsere Bundeswehr beteiligt sich an dieser Ausbildung und am Personal des Hauptquartiers in Sarajevo. Ansonsten sind keine deutschen Soldatinnen und Soldaten mehr in Bosnien und Herzegowina eingesetzt. Damit konnte das umgesetzt werden, was ich hier vor einem Jahr, bei der letzten Einbringung des Mandates, in Aussicht gestellt und formuliert habe.

Im letzten Jahr konnten wir die Personalobergrenze des Mandates von 2 400 auf 900 absenken. Auch jetzt können wir eine Senkung der Personalobergrenze vornehmen, und zwar von 900 auf 800. Gemessen an der Zahl der tatsächlich vor Ort eingesetzten Soldaten, bleibt eine hohe Personalobergrenze des Mandates, denn wie bislang wird für die Operation ein Reservebataillon bereitgehalten. Deutschland stellt den Löwenanteil an die-

sem Bataillon, das im Falle einer Lageverschlechterung kurzfristig in das Einsatzgebiet verlegt werden kann. Im Kosovo hat sich bedauerlicherweise gerade gezeigt, wie wichtig eine solche Vorsorge ist; denn auch wenn wir hier gemeinsam eine sehr erfreuliche Entwicklung feststellen können, so wissen wir doch, dass die Unwägbarkeiten noch lange nicht überwunden sind. Dementsprechend ist es notwendig, dass wir diesen Weg weiter vorsichtig und verantwortungsvoll beschreiten.

Ebenso hält die Bundeswehr eine größere Zahl von Kräften bereit, die zur vorübergehenden logistischen und technischen Unterstützung der Mission entsandt werden können. Beides zusammengenommen erklärt die Personalobergrenze des Mandates; beides ist Ausdruck unseres fortgesetzten Engagements und unserer Solidarität mit unseren Partnern.

Für die Bundesregierung bitte ich um Zustimmung zur Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der EU-geführten militärischen Operation ALTHEA zur weiteren Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina. Der Einsatz deutscher Streitkräfte im Rahmen von ALTHEA erfolgt unverändert auf Grundlage der Resolution 1575 aus dem Jahre 2004 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihrer Folgeresolutionen; er ist also völkerrechtlich eindeutig abgedeckt.

Ich denke, viele wissen nicht mehr, warum seinerzeit dieser Einsatz begonnen worden ist, warum das Engagement überhaupt notwendig war. Wer sich noch an die 90er-Jahre erinnern kann, an das, was in unserer unmittelbaren Nachbarschaft stattgefunden hat, der wird zu dem Ergebnis kommen, dass es auch sehr erfolgreiche Friedenseinsätze der Frauen und Männer unserer Bundeswehr gibt. Wenngleich alles immer kritisch beäugt werden muss – das ist erste Bürgerpflicht in der Demokratie –, so kann man, denke ich, doch feststellen: Es ist schon eine sehr beeindruckende Erfolgsgeschichte. Dass wir Deutsche einen Beitrag zu Frieden und Stabilität geleistet haben, das gereicht unserem Land zur Ehre.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die stabile Sicherheitslage ist das eine; die innenpolitische Lage birgt jedoch nach wie vor Risiken. Fast ein Jahr nach den Wahlen konnte noch immer keine neue Regierung auf Gesamtstaatsebene gebildet werden. Ich kann dies nicht aussparen, weil auch das natürlich zu einer umfassenden Lagebetrachtung gehört.

Diese Lähmung des Landes verhindert, dass die auf dem Weg nach Europa dringend notwendigen Reformen angegangen werden. Diese politische Stagnation muss unbedingt überwunden werden.

Deshalb macht die Bundesregierung das in all ihren Gesprächen mit den Verantwortlichen immer wieder deutlich. Wir bieten eine europäische Perspektive. Wir wissen um die positive Dynamik, die der Annäherungsprozess an die Europäische Union im Land entfalten kann. Wir erwarten aber, dass die notwendigen Schritte vor Ort eingegangen werden.

**Bundesminister Dr. Guido Westerwelle**

- (A) Die auf die Europäische Union bezogenen Reformen müssen eindeutig Priorität erhalten. Ethnische Einzelinteressen müssen dahinter zurückgestellt werden.

Die EU soll in Bosnien und Herzegowina zentraler Akteur sein. Es ist deshalb gut, dass die Trennung der Funktion des Hohen Repräsentanten von dem Amt des EU-Sonderbeauftragten vollzogen ist. Der Amtsantritt des neuen eigenständigen EU-Sonderbeauftragten ist Ausdruck der Neuaufstellung der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina. Auch dies zeigt, dass wir einen entsprechenden Fortschritt verzeichnen können.

Es bleibt das Ziel der Bundesregierung, ALTHEA mittelfristig zu einer nichtexekutiven Beratungs- und Unterstützungsmission weiterzuentwickeln. Dazu ist noch weitere Abstimmung mit unseren Partnern erforderlich. Bis es so weit ist, bleiben wir in Loyalität und Verlässlichkeit gegenüber unseren Partnern und in unserer Verantwortung gegenüber den Menschen in Bosnien und Herzegowina diesem Mandat verpflichtet.

Deswegen bitte ich Sie im Namen der Bundesregierung um Zustimmung zu diesem Mandat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat der Kollege Dietmar Nietan von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Dietmar Nietan (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 24. November des vergangenen Jahres haben wir hier über die damalige Mandatsverlängerung für ALTHEA diskutiert. An dieser Stelle habe ich meiner Hoffnung und vielleicht auch meinem Wunsch Ausdruck verliehen, dass sich Dinge in Bosnien-Herzegowina zum Besseren wenden werden.

Ich hatte das damit begründet, dass die dortigen Wahlen am 3. Oktober vergangenen Jahres die moderaten Kräfte ausdrücklich deshalb gestärkt haben, weil diese moderaten Kräfte nicht Nationalismus, sondern soziale Aspekte und Themen des Landes in den Vordergrund des Wahlkampfes gestellt hatten.

Ich hatte auch die Hoffnung, dass die Regierungsbildung eine neue Chance eröffnet, die dringend notwendigen Verfassungsreformen in Gang zu setzen, die das Land auf dem Weg nach Europa braucht; der Außenminister hat darauf hingewiesen.

Ich hatte mir erhofft, dass die Visaliberalisierung auch ein Zeichen dafür ist, dass wir Bosnien auf seinem Weg nach Europa unterstützen.

Heute, ein Jahr später, kann ich nicht verhehlen, dass ich von den politischen Eliten in Bosnien-Herzegowina sehr enttäuscht bin, die bis jetzt das Ziel ihrer Verantwortung, eine stabile Regierung zu bilden und die notwendigen Verfassungsreformen auf den Weg zu bringen, eindeutig verfehlt haben.

(C) Ich habe den Verdacht, dass sich ein Großteil der politischen Eliten in Bosnien-Herzegowina sehr gut in der derzeitigen Situation eingerichtet hat, die der Dayton-Rahmen gibt, sich gegenseitig zu blockieren. Das bringt das Land nicht voran, aber das scheint dem einen oder anderen zu genügen, um seine Claims abzustecken.

Mit diesen Fehlern verspielen die dort Verantwortung Tragenden die Zukunft ihrer Bürgerinnen und Bürger, die sie bei den letzten Wahlen schon deshalb gewählt haben, damit sie genau diese Zukunft positiv gestalten.

Die Frage ist, welche Schlussfolgerung wir aus diesem unwürdigen Spiel ziehen, das wir dort sehen. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Die Schlussfolgerung kann nicht sein, das Mandat jetzt einfach zu beenden. Denn das würde gerade für die Menschen, die dort Veränderungen zum Guten haben wollen, das Zeichen in sich tragen, dass wir uns abwenden und unserer Verantwortung nicht nachkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde es auch richtig, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt – der Europäische Rat hat das am 10. Oktober beschlossen –, das Mandat zu modifizieren, von einem exekutiven Mandat hin zu einer Beratungs- und Unterstützungsmission für die Streitkräfte Bosnien-Herzegowinas, die eine der Klammern sind, in denen eben nicht nach Ethnien getrennt Verantwortung übernommen werden soll.

(D) Ich finde weiter, dass wir die Bundesregierung bei ihrem Ansinnen unterstützen sollen, die Zahl der stationierten Soldatinnen und Soldaten auf insgesamt 200 zu reduzieren, um deutlich zu machen, dass es nicht mehr um eine exekutive Mission geht, sondern um eine Unterstützungsmission. Aber Sie alle wissen: Das reicht nicht aus. Wir müssen deutlich machen, dass wir uns sowohl in Bosnien-Herzegowina als auch in der gesamten Region noch stärker politisch engagieren wollen. In diesem Zusammenhang danke ich der Bundesregierung ausdrücklich dafür, dass sie sich bemüht hat, bei der Regierungsbildung in Bosnien-Herzegowina eine konstruktive, vermittelnde Rolle zu spielen.

Für die Reformkräfte, die es gerade in der jungen Generation in Bosnien-Herzegowina gibt, ist es deshalb wichtig, dass wir die Beitrittsperspektive verlässlich erneuern, die wir mit dem Versprechen von Thessaloniki allen Staaten in der Region gegeben haben. Ich will auch darauf hinweisen, dass wir überlegen müssen, welche Möglichkeiten wir haben, durch ein möglichst geschlossenes Auftreten der Europäischen Union den Druck auf die sogenannten politischen Führer bestimmter Ethnien zu erhöhen. Sie sollen ihrer Verantwortung gerecht werden, nicht nur bei der Regierungsbildung, sondern auch bei der notwendigen Verfassungsreform, die eine wirkliche Demokratie bringt und nicht nur ein Vetosystem und eine pervertierte Form der Fixierung auf die ethnische Herkunft.

Nicht nur die EU, sondern auch die Nachbarn müssen sich stärker engagieren. Unsere Freunde in Kroatien müssen ihre Möglichkeiten nutzen, die HDZ in Bosnien-Herzegowina davon zu überzeugen, dass sie bei den Ge-

**Dietmar Nietan**

- (A) sprächen zur Regierungsbildung ihren Alleinvertretungsanspruch für die Kroaten in Bosnien-Herzegowina aufgeben muss. Serbien muss seinen Druck dahin gehend erhöhen, dass Herr Dodik endlich zu einer konstruktiven Politik zurückkehrt, weg vom Nationalismus.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es gut, dass Kroatien hoffentlich bald Mitglied der Europäischen Union ist. Es ist auch gut, dass wir im Fortschrittsbericht der Europäischen Union nachlesen konnten, dass Serbien auf dem Weg nach Europa große Fortschritte gemacht hat. Ich würde mir deshalb wünschen, dass der Europäische Rat im Dezember ein klares Zeichen in Richtung Serbien setzt und Serbien den Kandidatenstatus, so wie von der Kommission vorgeschlagen, einräumen wird. Ich finde, dass Präsident Tadic, der für seine Reformpolitik nicht nur ein hohes politisches, sondern auch ein hohes persönliches Risiko eingeht, unser aller Unterstützung verdient hat. Ich würde mich freuen, wenn die Bundesregierung schon vor dem Europäischen Rat das klare öffentliche Signal geben würde, dass die Bundesregierung den Vorschlag der Kommission, Serbien den Kandidatenstatus einzuräumen, mit aller Kraft unterstützt. Bisher vermisse ich dieses öffentliche Signal.

Wir brauchen mehr Europa und nicht weniger Europa. – Das hat Polens Ministerpräsident Tusk in einer bemerkenswerten Rede zum Antritt der EU-Ratspräsidentschaft Polens vor dem Europäischen Parlament gesagt. Ich finde, diese Maxime darf nicht nur bei der Rettung unserer gemeinsamen Währung gelten, sondern sie muss auch gelten, wenn es jetzt darum geht, auf dem Westbalkan, mitten in Europa – das will ich betonen –, endlich die Folgen des schrecklichen Bürgerkrieges zu überwinden. Aus dieser Verantwortung können wir uns nicht stehlen.

Als der Bürgerkrieg in den 90er-Jahren ausbrach, war das Handeln der Europäer – das wissen Sie – kein Ruhmesblatt. Wir haben dort versagt und sind unserer politischen Verantwortung nicht gerecht geworden. Deshalb will ich noch einmal betonen, was ich schon im letzten Jahr gesagt habe: Es geht nicht nur um eine Mandatsverlängerung, sondern es geht darum, dass wir deutlich machen: Die Bundesrepublik Deutschland will sich gemeinsam mit ihren Partnern in der Europäischen Union stärker engagieren. Es wird nach Kroatien kein Ende der Erweiterungsfähigkeit und der Offenheit für Erweiterung geben. Die, die die Reformen erfüllen, die die Region in eine Region des Friedens und der Demokratie verwandeln wollen, haben unsere Unterstützung und können der Europäischen Union beitreten. In diesem Sinne würde ich mir wünschen, dass wir über die Diskussion des Mandats hinaus unsere Anstrengungen verstärken, damit diese Region mitten in Europa Frieden findet und die Menschen dort eine wirkliche Perspektive bekommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

(C)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat der Parlamentarische Staatssekretär Thomas Kossendey.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Thomas Kossendey**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor 16 Jahren, am 6. Dezember 1995, stimmte der Bundestag in einer sehr bedeutsamen Debatte erstmals der Entsendung deutscher Streitkräfte nach Bosnien und Herzegowina zu. Die Zustimmung erfolgte damals unter dem Eindruck der schockierenden Ereignisse, unter anderem in Srebrenica. Heute beraten wir die erneute Verlängerung dieses Mandats. Zwar hat die Führung dieses Mandats gewechselt – die Mission steht heute unter europäischer Verantwortung –, die Ziele jedoch sind unverändert.

Deutschland kommt seiner Verantwortung für die Stabilisierung in Bosnien und Herzegowina nunmehr seit 1995 nach, zunächst im Rahmen der NATO-Operation IFOR – das war von 1995 bis 1996 –, dann im Rahmen von SFOR – von 1996 bis 2004 – und seit Dezember 2004 im Rahmen der EU-geführten Operation ALTHEA und des NATO-Hauptquartiers in Sarajevo. Das zeigt: Deutschland ist ein verlässlicher Partner und steht zu seiner Verantwortung – in Bosnien-Herzegowina wie auch an den anderen Einsatzorten. Das heißt: Verantwortung für den Einsatz von Soldaten, wenn es notwendig ist, und Verantwortung für den zivilen Übergang, sobald das möglich ist.

(D)

ALTHEA umfasst derzeit noch insgesamt 1 300 Soldatinnen und Soldaten in Bosnien und Herzegowina. Zusätzlich werden zwei Bataillone als operative Reserve für den Balkan bereitgehalten, um auf Lageverschärfungen schnell reagieren zu können. Wie wichtig und wie unverzichtbar so eine Vorsorge ist, haben die jüngsten Entwicklungen im Kosovo sehr deutlich gezeigt. Deshalb sind und bleiben Reservekräfte für KFOR und für ALTHEA ein wichtiger Bestandteil unserer Planungen.

Insgesamt hat Deutschland seit 1995 mit mehr als 50 000 Soldaten in Bosnien und Herzegowina gearbeitet und damit wesentlich zum Erreichen des Friedens beigetragen. Aktuell beteiligen wir uns im Rahmen des ALTHEA-Mandats nur noch mit fünf Soldaten in den Stäben. Wir stellen gemeinsam mit Österreich eines der beiden genannten Reservebataillone. Aktuell ist dieses Bataillon im Kosovo stationiert. Dort wird es wegen der nicht ganz sicheren Lage voraussichtlich bis zum Jahresende bleiben.

Ich will die Gelegenheit nutzen, an dieser Stelle den Soldatinnen und Soldaten, die nun aus der Reserve in Deutschland in den Einsatz auf dem Balkan gerufen wurden, wie auch den Soldaten in den anderen Einsätzen ausdrücklich zu danken. Sie leisten einen wichtigen Bei-

Parl. Staatssekretär Thomas Kossendey

- (A) trag zur Stabilisierung des Friedens und damit letztendlich für den zivilen Übergang.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem wir bereits 100 deutsche Soldatinnen und Soldaten aus Bosnien und Herzegowina abziehen konnten, geht es nun um die Fortsetzung des Einsatzes mit inhaltlich unverändertem Mandat, allerdings unter Absenkung der personellen Obergrenze von 900 auf 800 Soldaten. Diese Zahl bietet uns die Möglichkeit, flexibel zu reagieren. Sie beinhaltet einen Anteil von ungefähr 500 Soldaten in dem Reservebataillon. Das gibt uns Spielraum, um gegebenenfalls, bei Verstärkungsnotwendigkeiten, im logistischen Bereich nachzusteuern.

Wenn wir uns die Entwicklung der Gesamtzahlen bei dieser Operation anschauen – von mehr als 50 000 NATO-Soldaten im Jahr 1996 zu 1 300 Soldaten im Rahmen von EUFOR –, dann wird deutlich, dass sich die Sicherheitslage dramatisch verbessert hat. Bosnien und Herzegowina macht im Augenblick sogar den ersten Schritt, um selber internationale Verantwortung zu übernehmen. Das Land beteiligt sich im Augenblick mit 54 Soldaten am Einsatz in Afghanistan, entlastet damit die Verbündeten, auch uns.

Dennoch hat Bosnien und Herzegowina ein gutes Stück des Weges noch vor sich; der Außenminister hat darauf hingewiesen. Wir müssen auch im Interesse der Menschen vor Ort weiter politischen Druck ausüben. Es fehlt noch immer an den notwendigen Reformen, einschließlich einer Verfassungsreform. Es fehlt vor allen Dingen auch an dem Willen zur Bildung einer gesamtstaatlichen Regierung. Ich bekräftige deswegen ausdrücklich den Appell des Außenministers: Ja, die Zukunft dieses Landes liegt langfristig in der NATO und in der Europäischen Union, aber dafür bedarf es der Kompromissbereitschaft und letztendlich auch des Dialoges zwischen den Volksgruppen, und es bedarf des gemeinsamen Willens zur Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft. Deswegen sind die aktuellen Aufträge von ALTHEA neben Ausbildungs- und Trainingsaufgaben auch weiterhin exekutive Aufgaben zum Erhalt eines sicheren Umfeldes und zur Unterstützung der bosnisch-herzegowinischen Autoritäten.

Außerdem gewährleistet ALTHEA die Unterstützung für den EU-Sonderbeauftragten und für den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien sowie – auch darauf sind wir vorbereitet – gegebenenfalls die Durchführung von Evakuierungsmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft. Auch das ist Teil unserer Verantwortung, die nicht mit dem Abzug der Soldaten endet und letztendlich nicht an den Einsatz von Streitkräften gebunden ist.

Dieses exekutive Mandat der Operation wird mit reduzierter Präsenz in Bosnien und Herzegowina zunächst einmal fortgesetzt werden. Ab 2012 wird sich die Operation vornehmlich auf die Unterstützung der Ausbildung und die Entwicklung der Fähigkeiten der bosnisch-herzegowinischen Streitkräfte konzentrieren. Der Einsatz

von EUFOR/ALTHEA bleibt somit ebenso wichtig wie richtig, auch wenn er nicht im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung steht. (C)

Ich bitte Sie deswegen um eine breite Unterstützung für das Mandat, für unsere Frauen und Männer von der Bundeswehr, die dort ihren wichtigen Dienst tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt die Kollegin Inge Höger von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Inge Höger (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Land Bosnien-Herzegowina ist eine moderne Kolonie. – Dieser Satz stammt nicht von mir. Er stammt von Ismet Bajramovic, dem Vorsitzenden des Bundes unabhängiger Gewerkschaften im bosnisch-kroatischen Landesteil Bosnien-Herzegowinas. Herr Bajramovic ist nicht der Einzige, der das vor Ort so sieht. Ich war im Juni dieses Jahres dort und habe mich mit den Menschen in Sarajevo und Srebrenica unterhalten. Dabei habe ich festgestellt, dass es eine tiefe Kluft gibt zwischen der lokalen Bevölkerung und denen, die nicht gern Besatzer genannt werden wollen, aber als solche wahrgenommen werden.

In den Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der NATO und der EU hatte ich den Eindruck, dieses Land würde längst in Schutt und Asche liegen, wenn es nicht selbsternannte Helferinnen und Helfer aus den reichen Ländern gäbe, die hier mit Militär und Investitionen für Ordnung sorgen. Bei Gesprächen mit Bosnierinnen und Bosniern hörte sich alles ganz anders an. Die EUFOR-Truppen werden mit Befremden wahrgenommen, nicht nur wegen der nächtlichen Truppenübungen, mit denen sie in Wohngebieten in Sarajevo für Unmut sorgen. Schüsse und Kriegslärm kennen die Leute dort aus den schlimmen Zeiten der 90er-Jahre nur zu gut. Die EUFOR verbessert die unerträgliche Situation im Lande nicht; vielmehr zementieren die Truppen diese Situation. Auch deshalb fordert die Linke immer wieder den Abzug der Bundeswehr aus Bosnien. (D)

(Beifall bei der LINKEN – Michael Brand [CDU/CSU]: Ich habe den Eindruck, Sie waren nicht in Sarajevo!)

Banken aus dem Ausland, vorrangig aus Österreich und Deutschland, kaufen einen Großteil des Landes auf. Fabriken werden nach den Vorgaben von EU und IWF privatisiert. Die Arbeitslosigkeit steigt. Nicht nur die 7 Millionen Euro, die dieser Einsatz im nächsten Jahr kosten wird, sind an der falschen Stelle ausgegeben, auch ein Teil der knapp 100 Millionen Euro im zivilen Bereich richtet Schaden an; denn dieses Geld dient auch als Druckmittel für neoliberale Wirtschaftsreformen.

Wer Privatisierungen, Sozialabbau und die Zerschlagung des öffentlichen Dienstes auf dem Balkan durch-

Inge Höger

- (A) drückt, der hat nichts, aber auch gar nichts von den Ursachen der aktuellen Wirtschaftskrise verstanden. Es ist mehr als fragwürdig, in Bosnien die gleiche Politik durchzusetzen, die Griechenland und Italien gerade in den Ruin treibt.

(Michael Brand [CDU/CSU]: Sind Sie sicher, dass Sie in Bosnien waren?)

Im Übrigen sehen die Menschen auf dem Balkan am Beispiel Griechenlands, was ihnen blüht, wenn die von Minister Westerwelle propagierte euro-atlantische Integration kommt. Sie sollten zumindest so mutig sein, den Leuten nicht länger Sand in die Augen zu streuen.

Auch gemessen an den Maßstäben der Bundesregierung ist dieser Einsatz völlig unnötig. 16 Jahre nach Kriegsende brauchen die Bosnier keine militärischen Bewacher. Die Vorstellung, dass sich Mitglieder der einen Ethnie sicherer vor den Mitgliedern der anderen Ethnie fühlen, weil die Bundeswehr dort stationiert ist, entbehrt jeder realen Grundlage.

(Beifall bei der LINKEN – Dietmar Nietan [SPD]: Sie müssen einmal mit den Bosniaken sprechen!)

– Ich war vor kurzem in Bosnien; das habe ich Ihnen gerade gesagt.

(Dietmar Nietan [SPD]: Die sagen mir genau das Gegenteil! Ich nehme Sie einmal mit, wenn ich mit denen spreche!)

- (B) Genau das haben sie gesagt: Die Militärpräsenz verstärkt den Eindruck, Bosnien-Herzegowina werde von der EU fremdbeherrscht. Dieser Eindruck ist nicht ganz falsch. EUFOR bildet die bosnische Armee aus, damit sich diese in Afghanistan an einem neuen Krieg beteiligen und neue Probleme schaffen kann. Diese Spirale von Militarisierung und Krieg muss endlich durchbrochen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die EU-geführte Polizeitrainingsmission dient letztlich dem Aufbau einer Polizei, die Proteste niederschlägt und somit den Ausverkauf des Landes unterstützt.

(Michael Brand [CDU/CSU]: Ach du meine Güte! – Florian Hahn [CDU/CSU]: Kommen Sie doch mal in der Realität an! – Dietmar Nietan [SPD]: Jetzt wird es wirklich billig!)

So wurden zum Beispiel im vergangenen Jahr Demonstrationen gegen Kürzungen im Gesundheitswesen von der Polizei brutal niedergeschlagen. Damit muss endlich Schluss sein.

(Michael Brand [CDU/CSU]: Sie waren doch gar nicht in Bosnien! Sie sind doch ganz woanders gelandet! Ich glaube, auf einem anderen Planeten!)

Das Geld, das für den Bosnien-Einsatz ausgegeben wird, könnte viel nützlicher für Aufbauprogramme ausgegeben werden. Gut angelegt wäre das Geld unter anderem bei der Minenräumung. Minen sind in Bosnien

ein echtes Problem, und es ist gut, dass sich auch Minenräumerinnen und Minenräumer aus Deutschland hier engagieren. Den Einsatz deutscher Minenfachleute befürworten wir. Den Einsatz der Bundeswehr in Bosnien lehnt die Linke jedoch entschieden ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Ziehen Sie die Soldaten ab! Die Menschen in Bosnien-Herzegowina werden es Ihnen danken.

(Beifall bei der LINKEN – Dietmar Nietan [SPD]: Da habe ich aber andere Erfahrungen gemacht! – Michael Brand [CDU/CSU]: Wie viele Soldaten haben wir denn in Bosnien, Frau Höger? Sie sind irgendwo anders ausgezogen, aber nicht in Bosnien-Herzegowina!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt die Kollegin Katja Keul vom Bündnis 90/Die Grünen.

**Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundeswehr ist in Bosnien-Herzegowina mit gerade noch zwölf Soldaten vor Ort. Wir hoffen alle gemeinsam, dass der Militäreinsatz nach 16 Jahren irgendwann sein Ende finden wird. Einige EU-Staaten haben ihre Soldatinnen und Soldaten bereits vollständig abgezogen.

Allerdings findet dieser Rückzug gleichzeitig mit einer sich ständig verschärfenden politischen Krise statt. Der diesjährige EU-Fortschrittsbericht zeichnet ein düsteres Bild. Seit den letzten Wahlen im Oktober 2010 konnten sich die Parteien nicht auf die Bildung einer gesamtstaatlichen Regierung einigen. Die Spaltung zwischen den drei ethnischen Entitäten hat sich weiter verschärft. Vermittlungsversuche, ob vonseiten der EU oder vonseiten der Bundesregierung, sind allesamt gescheitert. Nun haben auch die Kroaten innerhalb der Föderation im April dieses Jahres ihre eigene Nationalversammlung gegründet – ein verheerendes Signal für die Einheit des Staates.

Der Präsident der Republik Srpska unterstützte offen die Absetzbewegung der kroatischen Bosnier und drohte, im serbischen Teilstaat ein Referendum abhalten zu lassen. Dabei ging es ihm um den Ausstieg aus dem gemeinsamen Justizsystem – eine der wenigen gesamtstaatlichen Strukturen überhaupt. Catherine Ashton reiste im letzten Moment nach Banja Luka und musste Dodik für die Absage des Referendums auch noch Zugeständnisse machen. Nicht auszudenken, was ein solches Referendum für die Existenz des Staates Bosnien-Herzegowina hätte bedeuten können!

In Anbetracht dieser Spannungen ist es nach wie vor angemessen, für den Krisenfall 500 Einsatzkräfte in einem Reservebataillon bereitzuhalten. Die Höchstgrenze laut Mandat beträgt vor diesem Hintergrund immer noch 800 Soldatinnen und Soldaten, und das akzeptieren wir.

Klar ist aber auch, dass die Konflikte nur auf politischem Wege gelöst werden können. Kanzlerin Merkel

**Katja Keul**

- (A) hat sich persönlich Anfang des Jahres engagiert, allerdings ohne Erfolg. Das dürfte unter anderem daran liegen, dass bisher eine konsistente politische Strategie fehlt, die den ganzen Raum des westlichen Balkans umfasst. Wir fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, sich in der EU für ein solches Konzept starkzumachen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ganz vorne muss dabei weiterhin die Reform der Staatsverfassung stehen. Die im Vertrag von Dayton festgeschriebene Verfassung hat das Land nicht befriedet, sondern die Aufteilung in Volksgruppen befördert. Dadurch verhindert sie eine integrierte nationale Regierung. Leider müssen wir konstatieren, dass die EU durch ihre nichtkonsistente Politik ein gutes Stück Verantwortung dafür trägt, dass sich die Kluft zwischen den Volksgruppen immer mehr vertieft hat.

Wir müssen uns dieser Verantwortung stellen und den Bosniern signalisieren, dass ihnen weiterhin eine Beitrittsperspektive offensteht. Deshalb war es richtig und wichtig, dass Ende letzten Jahres die Visumfreiheit auch für Bosnien eingeführt wurde.

Weiterhin müssen wir die Bosnier beim Kampf gegen das organisierte Verbrechen und die Korruption wirksam unterstützen. Denn diese kriminellen Strukturen nutzen die bestehenden Konflikte aus, um aus der Instabilität Profit zu schlagen, und leider stehen sie oft in enger Verbindung zur Politik.

- (B) An diesem Punkt ist es wichtig, dass die EU ihre Unterstützung fortsetzt, auch wenn EUPM, die Polizeimission, bis Mitte nächsten Jahres eingestellt wird. Wir fordern die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass die EU neue Projekte im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der Strafverfolgung auf den Weg bringt. Es darf in Bosnien nicht der Eindruck entstehen, dass sich die Europäische Union angesichts der Krise resigniert zurückzieht. Dies wäre eine fatale Ermutigung für all jene Kräfte, die darauf hinarbeiten, dass das Land auseinanderbricht.

Die Bundesregierung sollte im nächsten Jahr endlich ein starkes politisches Signal setzen und den Westbalkan in das Zentrum ihrer Außenpolitik rücken. Hier kann sie mit ihrem politischen Gewicht wirklich etwas bewegen. Dabei muss sie auch wagen, Druck auf die politischen Kräfte auszuüben. Die EU darf sich nicht mehr von plumpen Drohungen der Rassisten und Separatisten beeindruckt lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das führt zu fragwürdigen Kompromissen, die nur die Instabilität verstärken.

Seit den Balkankriegen wissen wir wieder, dass der Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit ist. Diese Erkenntnis sollte auch 16 Jahre nach Kriegsende Ansporn sein, uns weiter für Frieden und Stabilität auf dem westlichen Balkan einzusetzen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Helga Daub [FDP]) (C)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat das Wort der Kollege Florian Hahn von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Florian Hahn (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn uns in bewegten Zeiten wie diesen nicht jeden Tag Nachrichten aus Bosnien und Herzegowina erreichen, darf nicht in Vergessenheit geraten, dass wir dort ein wichtiges Mandat erfüllen. Gerade in diesem Zusammenhang dürfen wir vor allem nicht den Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten, der zivilen Helfer und der Polizisten vergessen. Sie alle sind mit dafür verantwortlich, dass die Region als weitestgehend stabil eingestuft werden kann. Sie bündeln die zivil-militärische Zusammenarbeit vor Ort und leisten somit einen wichtigen Beitrag zum Friedenserhalt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das haben Sie, Herr Bundesminister Westerwelle, noch einmal deutlich gemacht. Dafür möchte ich Ihnen herzlich danken. (D)

Ein stabiles Bosnien-Herzegowina liegt in unserem wie auch im elementaren Interesse der Europäischen Union. Daher müssen und wollen wir das Land auch weiterhin auf dem Weg zu einem demokratischen Rechtsstaat begleiten. Unser Ziel muss dabei auch in Zukunft sein, dass dort ein Staat entsteht, in dem alle Ethnien – Bosniaken, Serben und Kroaten – in Frieden miteinander leben können. Die Region muss hierfür durch bi- und multilaterale Hilfe langfristig und nachhaltig stabilisiert werden. Nur so können sich Zukunftsperspektiven, Wohlstand und Demokratie entwickeln. Das ist die Voraussetzung dafür, dass irgendwann ethnische Auseinandersetzungen für immer der Vergangenheit angehören können.

Deutschland engagiert sich seit 1995 im Friedensprozess. Wir unterstützen dabei nachhaltig die zivilen und politischen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft. So können wir heute über eine Aufnahme in die NATO und auch in die Europäische Union zumindest ansatzweise nachdenken. Ich stehe auch dazu, dass es für den gesamten westlichen Balkan eine EU-Perspektive geben muss.

Doch trotz aller Erfolge ist es bis dahin noch ein weiter Weg; denn Bosnien und Herzegowina ist nach wie vor ein großes Sorgenkind auf dem Balkan. So wurde dort am 3. Oktober 2010 gewählt, doch gibt es seit über 400 Tagen keine Regierung, und eine Einigung ist bisher auch nicht in Sicht.

**Florian Hahn**

- (A) Beim Dialog zu Fragen der Justizreform wollen führende Politiker möglichst wenig Rechtsprechung auf der Ebene Bosnien-Herzegowinas akzeptieren. Dies stellt in meinen Augen einen deutlichen Rückschritt auf dem Weg hin zu einem demokratischen Rechtsstaat dar. Wenn Rechtsstaatlichkeit nicht im Interesse der Verantwortlichen dort liegt,

(Michael Brand [CDU/CSU]: Nur einiger!  
Nicht von allen!)

so liegt ein EU-Beitritt auch nicht in unserem Interesse. Ein glaubhaftes Bemühen, Mitglied der Europäischen Union zu werden, beinhaltet deshalb für mich eine solide Regierungsbildung, das Bearbeiten der längst überfälligen Verfassungsreform sowie die wirtschaftliche Integration nach den Regeln der EU.

Bei der Verfassungsreform muss beispielsweise die menschenrechtswidrige Praxis, dass Minderheiten nicht gewählt werden können, umgehend geändert werden. Bei der wirtschaftlichen Integration in den EU-Binnenmarkt gilt es, das Beihilfeverbot der EU einzuhalten. Hierzu ist eine Aufsichtsbehörde notwendig, die das auch nachvollziehbar überwachen kann.

Da sich in Bosnien und Herzegowina aber noch große Teile der Wirtschaft in öffentlicher Hand befinden, verlaufen Auftragsvergaben nicht immer zweifelsfrei. Im Gegenzug sind öffentliche Unternehmen eine Versorgungseinrichtung für bestimmte Cliquen. Auch hier braucht es mehr Transparenz, hier sind entsprechende Gesetze notwendig. Vetternwirtschaft und Korruption muss Einhalt geboten werden; denn auf Korruption kann man keinen modernen Staat aufbauen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Als weiterer Punkt ist für mich die Durchführung eines Haushaltszensus von großer Wichtigkeit. Der letzte Zensus wurde 1991 durchgeführt. Die damals erhobenen Daten sind obsolet und können keine Basis für die Gegenwart und die Zukunft sein. Gerechtigkeit in der Verteilung und beim Mitspracherecht kann so niemals hergestellt werden. Technisch ist die Durchführung eines Zensus kein Problem. Das Problem liegt allein im politischen Willen.

Meine Damen und Herren, Bosnien und Herzegowina braucht für eine chancenreiche Zukunft dringend weitere Erfolge. Mit einer Mandatsverlängerung werden wir auch künftig dazu beitragen, dass das Land diese Erfolge realisieren kann. Wir wissen, dass Bosnien und Herzegowina die internationale Präsenz selbst wünscht. Die Menschen haben den Wunsch, dass im Notfall eine Reserve da ist, die für sie und ihre Sicherheit sorgt.

Wir haben das Ziel, die exekutive Operation ALTHEA zu beenden und in eine nichtexekutive Ausbildungs- und Unterstützungsmission umzuwandeln. Die Reduzierung der Mandatsobergrenze ist dafür ein Indikator. Ich werbe für die Verlängerung dieses Mandats. Unseren Soldatinnen und Soldaten, den Polizisten und zivilen Helfern

wünsche ich auf diesem Weg viel Erfolg und Gottes Segen. (C)

Danke sehr.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/7577 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(D)



